



Pressemitteilung

Freiburger Diskurse e.V.

Registergericht: Freiburg i. Br.
Registernummer: VR 702316
Vorstand: Heinrich Röder, Bernhard Wieland

Goethestraße 4
79100 Freiburg

Tel: 0761 | 29 656 600
Fax: 0761 | 29 656 55

kontakt@freiburger-diskurse.de
www.freiburger-diskurse.de

Die falsche Sehnsucht nach der schwarzen Null: Seminar in Freiburg entlarvt viele Mythen und Halbwahrheiten zur Staatsverschuldung

Mit der Schuldenbremse wurde die schwarze Null zur Staatsräson – zu Unrecht, wie viele Ökonomen finden. Vier davon haben auf Einladung des Vereins Freiburger Diskurse am vergangenen Samstag mit knapp 80 Teilnehmern über Staatsschulden diskutiert. Dabei wurde klar, dass manch lieb gewonnene Überzeugung auf Mythen basiert und die Politik mit der schwarzen Null unsere Zukunft riskiert.

(Freiburg, 10.7.19) Am vergangenen Samstag hat der Verein Freiburger Diskurse ein kostenfreies Ganztagesseminar zur Staatsverschuldung organisiert. Das Thema stieß trotz des sommerlichen Wetters auf großes Interesse: Knapp 80 sehr engagierte Zuhörer kamen in die Universität Freiburg, um sich von den Ökonomen Dr. Dirk Ehnts, Dr. Günther Grunert und Dr. Michael Paetz darüber aufklären zu lassen, welche Rolle die Staatsverschuldung aus ihrer Sicht in unserem Wirtschaftssystem spielt und ob es grundsätzlich schlecht ist, wenn sich ein Staat verschuldet. Alle drei sind Anhänger der sogenannten Modern Monetary Theory, kurz MMT, die insbesondere das Geldsystem deutlich anders erklärt als viele an den Universitäten unterrichteten Theorien.

Eine wichtige Erkenntnis des Tages war: Staatsverschuldung in der eigenen Währung ist nach MMT weder gut noch schlecht, sondern schlicht ein Instrument, um die vorhandenen realen Ressourcen (insbesondere Arbeitskräfte) einer Volkswirtschaft optimal auszuschöpfen und die öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Die Referenten machten klar, dass die Grenze staatlicher Ausgaben allein die Ressourcen einer Gesellschaft sind und der souveräne Staat nur eine einzige Finanzierungsquelle hat: Das von seiner Zentralbank geschöpfte Geld, mit dem er seine Ausgaben bezahlt. „Die Bürger akzeptieren dieses Geld, weil sie damit ihre Steuerschuld begleichen können. Steuern sind somit keine Finanzierungsquelle des Staates, sondern das Zwangsmittel, mit dem er sicherstellt, dass seine Bürger sein selbst geschöpftes Geld als Zahlungsmittel akzeptieren“, betonte Dr. Dirk Ehnts, der an der TU Chemnitz arbeitet. Steuern dämpften zudem die Inflation. Auch Anleihen brauche ein Staat nicht zu seiner Finanzierung, hoben alle Referenten hervor. Mit Staatsanleihen befriedigten Staat und Zentralbank vielmehr das Bedürfnis nach Geldanlagen und – noch wichtiger: sie werden von der Zentralbank zur Zinsregulierung eingesetzt. „Das alles wird tagtäglich fast überall in der Welt praktiziert, aber von vielen Ökonomen nicht verstanden“, resümierte Heinrich Röder, Vorstand von Freiburger Diskurse.

Gut herausgearbeitet wurde an dem Tag auch, dass staatliche Schulden in eigener Währung nicht mit privaten Schulden gleichgesetzt werden dürfen. Denn ein souveräner Staat kann seine Verbindlichkeiten jederzeit bedienen, weil der Staat mit seiner Zentralbank Schöpfer des eigenen Geldes ist und es deshalb letzten Endes egal ist, ob es einen Ausgabenüberschuss und damit „Schulden“ gibt oder nicht. „Deswegen kann ein Staat in eigener Währung auch nie pleitegehen“, stellte Dr. Michael Paetz, der an der Universität Hamburg lehrt, klar und

ergänzte: "Die Bezeichnung 'Staatsverschuldung' führt also im Grunde in die Irre." Ein ausgeglichener Staatshaushalt sei deshalb auch kein sinnvolles staatliches Ziel. Vielmehr sei die Höhe der Staatsverschuldung ein unbedeutender Nebeneffekt staatlichen Handelns bei der Verfolgung der gesamtwirtschaftlichen Ziele. „Schulden in der eigenen Währung sind ein Steuerungsmittel des Staates und nie eine Last, die irgendeine zukünftige Generation tragen muss“, so Paetz. Zudem seien die Schulden eines Staates das Geldvermögen der jeweils Lebenden.

Schnell wurde im Laufe des Seminars deutlich, dass es im Euro-Raum anders ist: Denn der Euro ist eine Art Fremdwährung für die Mitglieder der Gemeinschaftswährung, für den sie ihre Souveränität aufgegeben haben. Entsprechend hätte Griechenland auch tatsächlich pleitegehen können, wenn die Europäische Zentralbank (EZB) sich nicht dazu bereit erklärt hätte, seine Staatsanleihen aufzukaufen. „Das Problem aller Euro-Länder, aber gerade für Länder wie Griechenland oder Italien ist, dass ihnen mit der Einführung des Euro nicht nur die Geldpolitik aus den Händen genommen wurde, sondern mit den sogenannten Stabilitätskriterien auch die Mittel der Fiskalpolitik“, kritisierte Dr. Günther Grunert. Was viele der Teilnehmer nicht wussten: Diese Kriterien haben nichts mit der Stabilität einer Volkswirtschaft zu tun, wie Dr. Günther Grunert betonte: „Vielmehr sind z. B. die 3 % jährliche Neuverschuldung ohne jede theoretische Überlegung entstanden, eher aus der Luft gegriffen, weil Francois Mitterrand rasch eine einfache, ökonomisch klingende Regel haben wollte. Seine Berater entschieden sich für die Drei, weil sie mythologisch aufgeladen ist und irgendwie an die Dreifaltigkeit erinnert.“ Angesichts der Möglichkeiten eines Staates mit einer souveränen Währung (z. B. USA, Kanada, Japan oder Australien) wurde deutlich, welches unverantwortliche Konstrukt der Euro in seiner jetzigen Form ist.

„Doch wann muss der Staat sein Steuerungsmittel ‚Staatsverschuldung‘ hochfahren?“ „Und wie ist das in Deutschland?“ Das waren nur einige von vielen Fragen, die die außerordentlich aktiven Teilnehmer den Referenten stellten. In kleinen Arbeitsgruppen erklärten die drei Referenten, dass eine Volkswirtschaft in die Sektoren „Staat“, „private Haushalte“, „Unternehmen“ und „Ausland“ eingeteilt werden kann. In vielen Ländern seien private Haushalte und Unternehmen zu Nettosparern geworden, auch in Deutschland. Das heißt, sie geben weniger aus als sie einnehmen. „Wenn ein Sektor anfängt zu sparen, muss sich ein anderer verschulden, ansonsten gibt es keinen Absatz für die produzierten Waren“, betonte Paetz. Das Problem: In Deutschland wolle man auch den Staat zum Nettosparer machen und fördere damit, dass deutsche Produkte ins Ausland verkauft werden und so ein ungesunder Leistungsbilanzüberschuss entstehe.

Viel diskutiert wurde deswegen die Rolle Deutschlands im Euro-Raum. Die Referenten machten deutlich, dass die hohen Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands immer eine Verschuldung der anderen Staaten mit sich bringen muss. „Im Verhältnis zur Produktivität der Unternehmen und der Qualität der Produkte sind deutsche Güter im Ausland einfach zu billig und drücken Produkte anderer Länder aus dem Markt“, so Dr. Dirk Ehnts. Das läge vor allem daran, dass die Löhne in Deutschland in den vergangenen Jahren nicht mit der Steigerung der Produktivität Schritt gehalten haben. Es sei evident, dass dies kein nachhaltiger Weg ist und dass nicht alle Länder Exportweltmeister sein können, so Ehnts weiter. Deutschland ist demnach nicht das Vorbild, sondern ein großes Problem der Euro-Zone. Nachhaltig sei, wenn sich der Staat angesichts nettosparender Haushalte und Unternehmen verschuldet und zum Beispiel den Bau von Infrastruktur ermöglicht. Die Referenten waren sich einig, dass es im eigenen Interesse eines Landes ist, keine dauerhaften Exportüberschüsse zu

erzielen: so bleiben immer genug Waren im eigenen Lande und die Verschuldung des Auslandes steigt nicht exorbitant.

Am Nachmittag hatte Prof. Dr. Oliver Landmann von der Universität Freiburg Gelegenheit, die Position der eher klassischen Volkswirtschaftslehre darzulegen. Seiner Meinung nach macht MMT den Fehler, den Staat und die Zentralbank als eine Einheit zu sehen. Er hält die Trennung von Staat, der sich um seine Einnahmen und Ausgaben kümmern soll (Fiskalpolitik), und Zentralbank, die mit der Zins- oder Geldpolitik die Wirtschaft steuert, für richtig und erhaltenswert. Denn die Zinspolitik der Bundesbank – hohe Zinsen wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu hoch ist und eine Inflationsgefahr besteht; niedrige Zinsen wenn die Wirtschaft angekurbelt werden soll – sei schließlich erfolgreich gewesen. Trotz aller Differenzen sah er durchaus Gemeinsamkeiten: Auch er hält die im Grundgesetz vorgeschriebene Schuldenbremse für nicht sinnvoll und forderte stattdessen einen größeren Spielraum, damit der Staat auch über die Aufnahme von Staatsschulden seine Aufgaben erfüllen kann.

Dirk Ehnts wies in einer Replik darauf hin, dass die Situation zum Beispiel im Euro-Raum zeigt, dass die Europäische Zentralbank (EZB) mit ihrer Nullzinspolitik am Ende ihres Lateins ist, da sie trotz dieser drastischen Maßnahmen die Kreditvergabe und damit Investitionen nicht mehr stimulieren könne. Vielmehr sei eine staatliche Nachfrage im europäischen Raum notwendig, um Investitionen auszulösen.

In seinem Fazit unterstrich Heinrich Röder, dass im Laufe des Tages deutlich geworden ist, dass die schwarze Null letztlich volkswirtschaftlicher Unsinn ist und der Staat sich statt auf einen ausgeglichenen Haushalt zu fokussieren z. B. dafür sorgen müsse, dass Vollbeschäftigung herrscht und öffentliche Leistungen ausreichend gut finanziert seien. Den häufig erhobenen Einwand, dass die mit den Erkenntnissen von MMT „bewaffneten“ Politiker in unvernünftiger Weise Geld zum Fenster rauschmeißen, ihre Klientel bedienen und die Inflation anheizen würden, konterte er mit der Frage: „Ist die Alternative wirklich die Herrschaft einer Zentralbank, die weitgehend ohne demokratische Kontrolle agiert und oft genug mit einer verfehlten Zinspolitik unnötig die Wirtschaft abgewürgt hat?“ Er plädierte stattdessen für demokratische Institutionen, die die Erkenntnisse von MMT aufgreifen und vor Politikerwillkür ebenso schützen wie vor einer undemokratischen Zentralbankherrschaft. Röder hob hervor, dass der Unterschied zwischen einer Verschuldung in eigener Währung und der problematischen Verschuldung in einer fremden Währung selbst für Entwicklungsländer wichtig sei, die sich oft in fremder Währung verschulden müssen, um auf dem Weltmarkt einzukaufen. „Wenn dies ein afrikanischer Politiker verstanden hat, wird er vielleicht eher seine Landsleute zur Schippe greifen lassen als eine moderne Straßenbaumaschine in Deutschland kaufen, wenn er eine Straße bauen will“, so Röder.

Eine weitere Einsicht des Tages war, dass Deutschland mit seinen Leistungsbilanzüberschüssen eine Mitverantwortung für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten anderer Länder im Euro-Raum hat und damit dort letztlich auch das Erstarken rechts- oder linkspopulistischer Parteien fördert. „Die Exportmeisterschaft Deutschland ist ein wichtiges, auch heute wieder viel diskutiertes Thema, das wir im kommenden Jahr in einer eigenen Veranstaltung aufgreifen werden“, kündigte Heinrich Röder zum Abschluss des Seminars an.



>> Pressekontakt

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an Herrn Marcus Brian, Tel.: 0761 -296 56 601, brian@freiburger-diskurse.de

>> Über Freiburger Diskurse e. V.

Der Verein "Freiburger Diskurse" wurde Mitte 2018 mit dem Ziel gegründet, auf vielfältige Weise eine fundierte politische Meinungsbildung zu ermöglichen. Dies soll in einer Atmosphäre kritischen und produktiven Dialogs geschehen, bei dem lieb gewonnene Glaubenssätze in Frage gestellt werden. Denn allzu oft verbergen sich dahinter bloße Interessen einzelner Gruppen, die sich als Sachzwänge tarnen – und in hysterischen Debatten als scheinbar alternativlos dargestellt werden. Zentrale Motivation der Gründungsmitglieder ist es deshalb, gegensätzliche Positionen wieder ins Gespräch zu bringen und so Perspektiven für eine bessere demokratische Gesellschaft zu entwickeln.